

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/89

11. Mai 1976

SPD - Partei der Freiheit

Die Rückwärtspolitik der CDU/CSU bedroht den sozialen Frieden

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 1a / 64 Zeilen

Strauß schlug in München zu

CSU-Diktator stoppte Bonn-Pläne seines Stellvertreters

Von Dr. Alfons Bayerl MdB
Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 / 45 Zeilen

Das Ende eines Irrweges

Anmerkungen zum Tode Ulrike Meinhofs

Seite 3 und 4 / 48 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD: Erwartungen zum Wahljahr-Verhalten der Kirchen

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Der Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Spanien vor der Wahl: Polizeistaat oder Demokratie

Von Ludwig Fellermaier MdB
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europa-
Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 7 und 8 / 87 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 68 80 648 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

SPD - Partei der Freiheit

Die Rückwärts politik der CDU/CSU bedroht den sozialen Frieden

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Der CSU-Wahlkongreß in München läßt ahnen, mit welchen "Waffen" die deutsch-nationalen Kräfte der Oppositionsparteien die bevorstehende Wahlausseinandersetzung bestreiten wollen. Was dort an Verteufelung der Sozialdemokratie mit großem rhetorischen, finanziellen und technischen Aufwand geboten wurde, sucht seine gleichen!

Dafür hat die gesamte CDU/CSU die Verantwortung zu übernehmen. Wir werden nicht zulassen, daß aus werbetaktischen Gründen ein Teil der Opposition die Grundwerte des Godesberger Programms der SPD kopiert, während ein anderer Teil derselben Opposition mit Gespensterformeln wie "freiheitliche Alternative" die deutsche Sozialdemokratie in die Nähe von Unfreiheit zu rücken versucht. Der Vorsitzende der CDU muß nun endlich deutlich machen, für welche Art der Wahlausseinandersetzung er sich entschieden hat. Soviel auf jeden Fall ist deutlich geworden: Die CDU/CSU wird nervös.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat eine Bilanz der Leistungen sozialdemokratischer Politik und ein Regierungsprogramm für 1976 - 80 vorgelegt, dem die Opposition nichts Gleichwertiges entgegensetzen kann. Als Antwort darauf bleiben ihr offenbar nur Diffamierungskampagnen.

Wir Sozialdemokraten setzen auf unsere Politik der Freiheit und Sicherheit durch gesellschaftliche Solidarität. Wir vertrauen auf die Urteilsfähigkeit der mündigen Bürger. Die Bürger in unserem Land wissen:

- Die deutsche Sozialdemokratie hat sich in der Geschichte unseres Volkes stets als verlässlicher Garant der Freiheit bewährt: im Kampf gegen die politische Unfreiheit der Sozialistengesetze Bismarcks ebenso wie 1918/19 bei der Verteidigung der Weimarer Republik gegen rechte Putschversuche, ebenso wie gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz.

- In allen sozialdemokratischen Programmen, vom Godesberger Grundsatzprogramm bis zum Regierungsprogramm 1976 bis 1980, ist das Bekenntnis zur

Freiheit ein zentraler Grundwert.

- Sozialdemokratische Politik sozialer Gerechtigkeit und der Sicherheit im Innern und nach außen sichert die Freiheit und baut sie aus. Freiheit kann keinen Bestand haben, wenn in einer Gesellschaft ein unerbittlicher Kampf aller gegen alle ausgetragen wird oder Freiheit ein Privileg für wenige bleibt. Die CDU/CSU riskiert mit ihrer rückwärtsgewandten Politik den sozialen Frieden in unserem Land. Das ist zugleich eine Bedrohung der Freiheit, für die wir alle gekämpft haben.

Sozialdemokratische Politik heißt Sicherung und Ausbau persönlicher Freiheit durch gesellschaftliche Solidarität. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das erneut klar gemacht:

- die Einführung der flexiblen Altersgrenze hat für Millionen Arbeitnehmer die Freiheit gebracht, das Ausscheiden aus der Berufstätigkeit nach eigenen Bedürfnissen zu bestimmen;

- die Sicherung der Betriebsrenten hat für viele das Recht auf Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes erstmals Wirklichkeit werden lassen;

- die Beseitigung der Aussteuerung bei Krankheit bedeutet für viele besonders hart betroffene Mitmenschen Freiheit von materieller Not.

Unser Kampf für konkrete Freiheit des einzelnen in unserer Gesellschaft verbinden wir bewußt mit den deutschen Freiheitsfarben Schwarz-Rot-Gold, wie auch schon 1972. Wir knüpfen dabei an die Tradition der Freiheitskriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts, an die Freiheitsbewegung der deutschen Studentenschaften (Hambacher Fest 1832), an die freiheitliche Revolution von 1848, an die Weimarer Republik und an das freiheitlich-sozialistische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an. Zu dieser Geschichte der Freiheit bekennen wir uns. Die Zustimmung gerade skeptischer junger Freunde und Mitglieder zu dieser bewußten Verknüpfung mit einem guten Teil deutscher Tradition und Geschichte zeigt uns, daß diese Botschaft verstanden wird.

(-/11.5.1976/vs/e/pr)

+ + +

Strauß schlug in München zu

CSU-Diktator stoppte Bonn-Pläne seines Stellvertreters

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer
Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion

Der hinter den Kulissen mit unverminderter Heftigkeit andauernde Machtkampf zwischen dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß hat jetzt innerhalb der CSU sein erstes prominentes Opfer gefordert: Der seit nunmehr 14 Jahren in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn residierende Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Dr. Franz Heubl, erlitt eine blamable Abfuhr beim Versuch, sich über einen Spitzenplatz auf der CSU-Landesliste in den Deutschen Bundestag zu bringen und sich so rechtzeitig aus der direkten Abhängigkeit eines künftigen bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zu retten.

Hätten dieses "Urteil" die Delegierten auf dem Listenparteitag der CSU gesprochen, so wäre der Vorgang nach der kurzfristigen Ankündigung Heubls mit dem Argument einer unzulänglichen "Vorbereitung" abzutun. Aber: So weit kam Heubl gar nicht, denn schon auf der vorbereitenden Präsidiumssitzung wurde ihm ein Spitzenplatz auf der Liste verweigert. Das Schlachtfest kam also "von oben". Und das, obwohl Dr. Heubl stellvertretender CSU-Landesvorsitzender ist und lange Zeit als dienstältester Staatsminister Stellvertreter des Münchner Ministerpräsidenten Dr. Alfons Goppel war und auch als sein Nachfolger "gehandelt" wurde.

Sicherlich hat es zwischen Strauß und Heubl seit Jahren ständig Reibereien und Keilereien gegeben, die aber Heubl stets nicht nur unbeschadet davorkommen ließen, sondern auch sein Image zuweilen aufpolierten: Nach außen, über die bayerischen Grenzen hinaus, konnte er oft sein scheinbar liberales Image vermehren, zuweilen auf Kosten eines ungeschlachten Parteivorsitzenden Strauß. "Wiedergutmachung" leistete der andere Heubl, der weniger liberale stellv. CSU-Vorsitzende Dr. Franz Heubl, bei verschiedener Veranstaltung in Bayern, denn dabei gebärdete er sich oftmals weniger zimperlich und verfolgte im großen und ganzen die radikale Linie des CSU-Parteivorsitzenden. Innerhalb der CSU gehörte das, um seine Position zu halten.

Die Situation hat sich in den letzten Wochen geändert. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Kohl und Strauß um das Wahlkampfprogramm der U-Parteien und die personelle Zusammensetzung des Schattenkabinetts des Kanzlerkandidaten Kohl wurden in der CSU gewaltige Risse sichtbar. In den Medien wurde bereits offen vom Kohl-Flügel in der CSU gesprochen und in diesem Zusammenhang stets der Name Heubl genannt. Das konnte ein Mann wie Strauß, der die totale Macht in "seiner" CSU fordert und auch braucht, nicht hinnehmen. So arbeitete Heubl mit seiner Ankündigung, für den Bundestag zu kandidieren, Strauß indirekt in die Hände, weil diese Kandidatur offenbar mehr als dürftig vorbereitet war. Mit dem Skalp Heubls hat Strauß eine deutliche Warnung ausgesprochen, daß er gerade jetzt, wo er seine letzte Chance sucht, um der großen Politik seinen Stempel aufdrücken zu können, kein Ausschereken duldet: Koete es was es wolle. Auch wenn ein stellvertretender CSU-Parteivorsitzender dabei auf der Strecke bleibt.

Die anderen Heubls in der CSU haben das wohl verstanden. So unverstellbar dies auch sein mag, in der CSU wird es zu einem weiteren Rechtsruck kommen.

(~/11.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Das Ende eines Irrweges

Anmerkungen zum Tode Ulrike Meinhofs

Wie eine Moritat, mit makaber-konsequenter Pointe, endete das Leben der Ulrike Meinhof. Die Flucht oder der doch rückhaltlos vollzogene Sprung der jungen Intellektuellen aus der unbedrohten, wohlhonorierten Position aggressiver, überkritischer Reflexion in die vermeintliche revolutionäre Aktion hatte nicht zu den erstrebten neuen Dimensionen politischer Aktivität, sondern in die öden Gefilde sinnloser Gewalttätigkeit, flacher Kriminalität geführt. - Der Fall Meinhof ist auch ein in die Absurdität eskaliertes Exempel des Intellektuellen, der der Faszination der Aktion erliegt.

Vielleicht hat Ulrike Meinhof, noch bevor sie von der Polizei gefaßt wurde, den Terror, dem sie sich preisgegeben hatte, zumindest zeitweise als Sackgasse erkannt, aber keine Möglichkeit der Umkehr gesehen, oder sie ist einfach von der Dynamik und Eigengesetzlichkeit der Bande, die inzwischen zu ihrer einzigen Welt geworden war, mitgezogen worden. In der Haft jedenfalls konnte sie auf Dauer der Konfrontation mit der Realität nicht entgehen: Ihr individuelles Leben war ruiniert, auf unabsehbare Zeit an die Enge der Zelle gefesselt, von der Außenwelt mehr und mehr vergessen; ihre revolutionären Ziele waren samt und sonders gescheitert, hatten sich als mörderische Fehlspekulation erwiesen, und den Idealen von mehr Menschlichkeit und Freiheit, die sie einat, bevor sie in den Untergrund ging, verfocht, nicht einen Fingerbreit näher gebracht, sondern im Gegenteil den reaktionären Kräften in die Hände gearbeitet.

Die Tatsache schließlich, daß die Bundesrepublik der Herausfor-

derung durch den Terror entschlossen mit den Mitteln des Rechtsstaates begagnete und ihrer Herr werden konnte, ohne ihre innere Liberalität in Frage zu stellen, mußte auch der Anarchistin unwiderlegbar beweisen, daß ihre Analyse von Staat und Gesellschaft von Grund auf falsch war, daß ihren Aktionen jegliche politische Rechtfertigung fehlte und sie somit ausschließlich im Kriminellen siedelten. Das Scheitern Ulrike Meinhofs und das Scheitern der Organisation, die ihren Namen trug, war total. Die Konsequenz, die sie als intellektuelle Zentrale dieser Vereinigung zog, war es ebenfalls.

Von dieser Logik wollen einige Anwälte der Terroristen ablenken, indem sie Ulrike Meinhofs Ende der Resignation zum Tode einer Märtyrerin zu verfälschen versuchen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß auch solche Legenden ihr Publikum finden. Die sinnlosen Ausschreitungen politisch wurzelloser, abenteuernder Elemente machen das deutlich. Mit ihrem letzten Entschluß, ihren großen Irrtum radikal aufzukündigen, hat sich Ulrike Meinhof wohl schon zu weit von dieser "Gefolgschaft" entfernt, um noch von ihr verstanden werden zu können. Es kann aber nicht übersehen werden, daß es sich hier um hektisch mobilisierte Desperados handelt, die nichts als das ewige Bataillon latenter Unzufriedenheit repräsentieren. Politische Münze kann aus ihnen niemand schlagen.

Claus Preller
(-/11.5.1976/bgy/pr/e)

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

SPD: Erwartungen zum Wahljahr-Verhalten der Kirchen

Der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der SPD hat an den westfälischen Pfarrertag 1976 in Dortmund, der am 5. Mai das Thema "Politik auf der Kanzel" diskutierte, folgendes Schreiben gerichtet, das von dem Landesvorsitzenden Werner Figgens MdL und dem Vorsitzenden des NRW-Arbeitskreises SPD und Kirchen, Arthur Ebker, unterzeichnet worden ist. An dem Pfarrertag hatte das Mitglied des Landes- und Bundesvorstandes der SPD, Landesminister Johannes Rau, teilgenommen.

"Schon jetzt zeichnet sich ab, daß - wie in den Wahlkämpfen früherer Jahre - auch 1976 von verschiedener Seite der Versuch unternommen wird, die Kirchen in die parteipolitischen Auseinandersetzungen des Wahlkampfes einzubeziehen. Eine solche Praxis widerspräche dem sozialdemokratischen Verständnis vom Verhältnis zwischen den Parteien und den Kirchen.

Wir lehnen daher jeden Versuch ab, die Kirchen, Verbände und Amtsträger zu Wahlkampfzwecken zu vereinnahmen. Vielmehr wird die SPD alles in ihren Möglichkeiten Liegende tun, daß die Kirchen aus dem Parteienstreit herausgehalten werden.

Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die Kirchen und Religionsgemeinschaften die religiöse Heimat für Anhänger aller demokratischen Parteien sind. Gleichermassen haben sich in allen Parteien Christen engagiert. Die von daher gebotene parteipolitische Zurückhaltung verwehrt den Kirchen jedoch nicht, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. So hat beispielsweise die Evangelische Kirche in der Denkschrift 'Aufgaben und Grenzen kirchlicher Äußerungen zu gesellschaftlichen Fragen' aus dem Jahre 1970 festgestellt: 'Christliche Existenz ohne politische Relevanz gibt es nicht.' Folglich kann es sich nicht darum handeln, einer politischen Enthaltens-

keit der Kirchen das Wort zu reden. Allerdings müßte sich eine Kirche, die sich parteipolitisch engagiert, sehr entschieden nach der Berechtigung ihres Handelns fragen lassen.

Eine wichtige Aufgabe der Kirchen sehen wir darin, ihren Beitrag zur Stärkung der Unverzichtbarkeit von Werten in unserer Gesellschaft zu erbringen. Dabei sollten sie sich nicht scheuen, unpopuläre Fragestellungen ins Bewußtsein der Bevölkerung zu rufen. Unbeschadet bereits erbrachter Leistungen, vor allem im sozialen Bereich, hoffen wir auf die Mitwirkung der Kirchen bei der geistigen Vorbereitung unseres Volkes auf Problemstellungen der Zukunft.

Wir haben Verständnis dafür, wenn die Kirchen sich selbst, aber auch ihren Mitarbeitern, wegen ihres besonderen Auftrages, der sich an alle Kirchenmitglieder, gleich welcher politischen Einstellung, richtet, parteipolitische Zurückhaltung auferlegen. Unser Verhältnis zu den Kirchen geht stets von der Achtung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechtes aus, eigene Angelegenheiten ohne Bevormundung zu regeln.

Was die Frage betrifft, ob ein Pfarrer oder kirchlicher Mitarbeiter ein Abgeordnetenmandat ausüben soll, möchten wir allerdings darauf hinweisen, daß eine zufriedenstellende Regelung dieser Frage nur innerhalb des für alle geltenden Rechts erfolgen kann.

Wir hoffen, daß die gegenseitige Zurückhaltung im bevorstehenden Wahlkampf in allen Bereichen praktiziert wird. Für das Miteinander der Demokraten und der gesellschaftlichen Kräfte nach dem Wahltag wäre dies eine wichtige Voraussetzung.*

(~/11.5.1976/va/pr/e)

+ + +

Der Auslandsbericht des SPD-Presesdienates

Spanien vor der Wahl: Polizeistaat oder Demokratie

Von Ludwig Fellermaier MdB
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im
Europa-Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionvorstandes

In Spanien feiert die Politik von "Zuckerbrot und Peitsche" Triumphe. Während man dem sozialistischen Gewerkschaftsbund UGT gestattet, einen Kongreß unter starker ausländischer Beteiligung und Neuwahl eines Generalsekretärs abzuhalten, steckt man am Vorabend des 1. Mai einige hundert Bürger ins Gefängnis. Während man die zensierte spanische Presse über den neuen Zusammenschluß der demokratischen Koordination berichten läßt, sitzen vier Unterzeichner des Gründungsaufrufes bereits seit Wochen in Untersuchungshaft, und während der Ministerpräsident ein Referendum und baldige Wahlen ankündigt, kommt es immer wieder zu Mißhandlungen politisch Inhaftierter. So stellt sich das politische Spanien des Sommers 1976 als ein System der Widersprüche und der Nervosität und Unsicherheit des Regimes dar. Die Regierung selbst ist offenkundig in sich gespalten und sie kann nur noch mühsam eine latente Krise zwischen den Reformern und den Ultrakonservativen - genannt "Der Bunker" - verbergen. Die Nervosität der regierenden Kreise wird verstärkt, seit sich im März die "Junta Democrática" und die "Plattform der demokratischen Konvergenz" zur "Demokratischen Koordination" zusammengeschlossen haben.

In diesem Oppositionsbündnis haben sich Christdemokraten, Carlisten, Liberale, Unabhängige, Sozialisten, Sozialdemokraten, die Arbeiterkommissionen und die Kommunisten mit dem Ziele zusammenfinden, um bis zu den ersten freien Wahlen in Spanien gemeinsam für die Ablösung des Regimes zu arbeiten. Damit ist gleichzeitig festgelegt, daß mit der Abhaltung freier Wahlen das Bündnis endet und die Parteien entsprechend ihrer eigenen Programme vor die Wähler treten. Mit dieser Festlegung wird auch jenen konservativen Trommlern in Europa der Wind aus den Segeln genommen, die in Spanien bereits wieder das "Schreckgespenst der Volksfront" heraufziehen sehen.

Carlos Arias Navarro, einst enger Vertrauter von Franco, als Ministerpräsident noch von ihm eingesetzt, widmete seine Rundfunk- und Fernsehansprache an das spanische Volk Ende April vor allem einer Würdigung des verstorbenen Staatsoberhauptes. Sein Blick war mehr der Vergangenheit als der Zukunft zugewandt. So muß seine mit Spannung erwartete Ansprache insgesamt als unzureichend bezeichnet werden. Die Ankündigung von Arias zur Abhaltung eines Referendums mit der Änderung des Thronfollegesetzes und der Einführung eines Zweikammersystems läßt viele verfassungsrechtliche Fragen offen. Nach den

Regierungsplänen soll ein im Frühjahr 1977 vom Volk gewählter Kongreß aus 300 Abgeordneten bestehen, während ein vom König ernannter Senat praktisch als Nachfolgeparlament der heutigen Cortes aus 280 Mitgliedern bestehen soll. Kein Wort in der Rede des Ministerpräsidenten über das Verhältnis Regierung und Kronrat, der weiter existieren soll, zum Zweikammerparlament, aber auch kein Wort zu dem Wechselverhältnis zwischen den beiden Kammern. Kein Wort, wer den Ministerpräsidenten beruft, wer die Regierungsmitglieder wählt oder ernannt, noch wer sie abberufen kann. Deshalb hat der Generalsekretär der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei, Felipe Gonzales, der demokratischen Opposition des Landes zur Stimmenthaltung beim Referendum am 15. Oktober geraten. Gleichzeitig ließ er - der unbestrittene Führer der "Demokratischen Koordinierung" - erkennen, daß die Opposition zum Dialog mit den Reformern in der Regierung bereit sei.

Den "Bock zum Gärtner" machte Arias mit seiner Aufforderung an die Syndikate, Vorschläge zu einer Gewerkschaftsreform vorzulegen. Die Reaktion der UGT ließ nicht lange auf sich warten: Ablösung der Zwangssyndikate von Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch die uneingeschränkte Zulassung freier Gewerkschaften. Die spanische Regierung muß wissen, daß die Frage der Gewerkschaftsfreiheit eine Grundvoraussetzung für die Beitrittsverhandlungen Spaniens mit der EG ist. Dazu gehören politische Parteien, echte demokratische und keine Pseudowahlen und die Gewährleistung freier Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen.

Kein aufmerksamer ausländischer Beobachter ist so vermessen, den totalen Bruch mit dem Regime zu fordern oder zu glauben, daß vierzig Jahre Franco-Regime in wenigen Monaten angesichts der starken Kräfte des Immobilismus in Kronrat, Regierung und Cortes überwunden werden könnten. Gleichzeitig habe ich jedoch in Madrid für die europäischen Sozialdemokraten verdeutlicht: Wir halten die Tür für das spanische Volk zur EG offen. Wir sind nicht abgeneigt, der geplanten Wiederaufnahme der nach den Todesurteilen vor einigen Monaten abgebrochenen Verhandlungen zur Erweiterung eines Handels- und Präferenzabkommens zuzustimmen. Dazu muß aber die spanische Regierung Verhaftungen aus politischen Gründen, Mißhandlung von Häftlingen und Schikanen der politischen Polizei gegenüber oppositionellen Bürgern im Lande ein sofortiges Ende bereiten. Im weiteren Verlauf des Weges zur Demokratisierung der iberischen Halbinsel muß die Regierung Fristen für die echte Einführung der parlamentarischen Demokratie nennen. Mit der Vorlage eines Grundrechtskataloges, in dem die persönliche Freiheit den höchsten Rang einnehmen muß, kann sie die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten beweisen. Der spanische König aber muß wissen, daß die konstitutionelle Frage, ob Spanien Monarchie bleibt oder Republik wird, vom spanischen Volk selbst beantwortet werden muß. Ob aber Spanien auch in der Nachfrancozeit Polizeistaat bleibt oder eine Demokratie westlicher Prägung wird, dies muß der König bald glaubwürdig gegenüber der europäischen Öffentlichkeit und der Welt erläutern. Sein bevorstehender Staatsbesuch in den USA gäbe ihm dazu die beste Gelegenheit. (-/11.5.1976/we/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller